

Inhalt

MENA-Region und Deutschland: eine langjährige Partnerschaft	3
Schwerpunkte der deutschen Zusammenarbeit mit der Region	4
Grundsätze der Zusammenarbeit	5
Wasser	6
Energie	11
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung	15
Bildung	20

MENA-Region und Deutschland: eine langjährige Partnerschaft

Mit den Staaten der Region Nahost und Nordafrika (MENA) unterhält Deutschland seit vielen Jahren eine vertrauensvolle Partnerschaft.

Mit jährlichen Zusagen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit für Nahost / Nordafrika von durchschnittlich rund 400 Millionen Euro pro Jahr ist die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit in elf Ländern der Region vertreten. Damit ist Deutschland – nach den USA – zweitgrößter Geber in der Region. Die deutsche Entwicklungspolitik konzentriert sich auf die ärmeren Staaten in der Region des Nahen Ostens (Maschrek), Nordafrikas (Maghreb)

und der Arabischen Halbinsel (Jesirah). In weiter entwickelten Ländern wie Tunesien, Algerien und Jordanien verfolgt die deutsche Entwicklungspolitik eine strategische Partnerschaft, die sich vor allem an Themen länderübergreifender Bedeutung orientiert. Die Zusammenarbeit mit Ägypten berücksichtigt insbesondere seine bedeutende geostrategische Rolle als Ankerland in der Region. Daneben finanzieren Länder mit ausreichender Finanzkraft in der Region, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Libyen und Oman, die Leistungen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit selbst.



Länder mit Leistungen gegen Entgelt

Länder mit Leistungen der öffentlich finanzierten Entwicklungszusammenarbeit

Grundsätze der Zusammenarbeit

Grundlegende Bedingung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind der Reformwille und die Entwicklungsorientierung der Partnerregierungen. Die Entwicklungsstrategien der Partnerländer geben den Rahmen für die Zusammenarbeit vor. Alle Maßnahmen werden darin eingebettet und unterstützen somit die Umsetzung der Reformpläne der Partner.

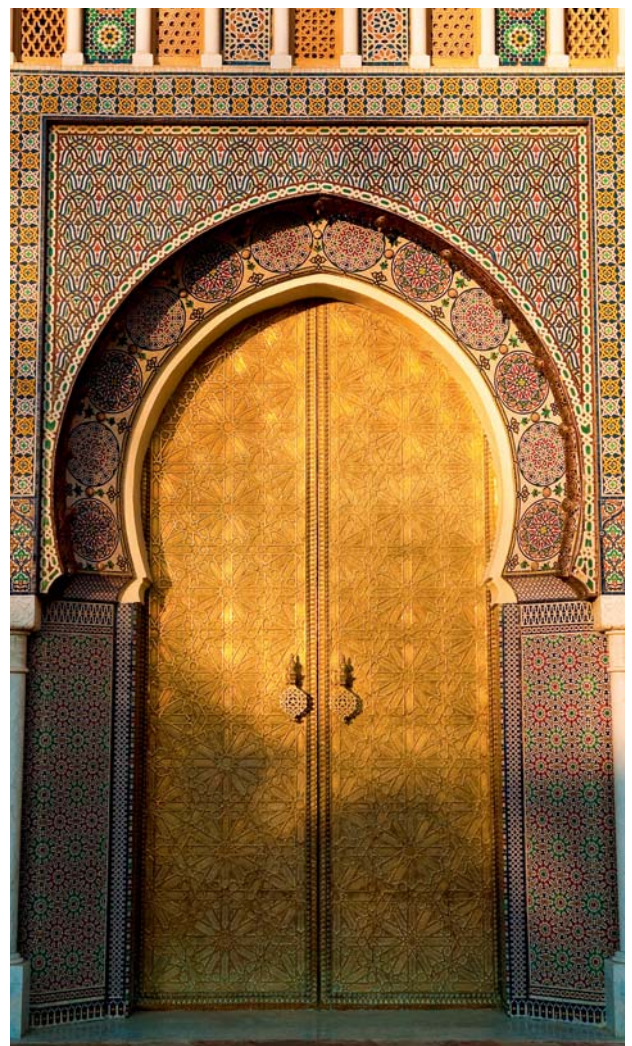
Eine enge Kooperation mit anderen bi- und multilateralen Gebern soll dazu beitragen, die Partnerländer wirkungsvoll zu unterstützen und die Mittel effizient einzusetzen.

Die Maßnahmen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sollen einen Beitrag zur friedlichen Lösung und Vermeidung von Konflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen leisten. Sie sollen dazu beitragen, die Armut zu senken, die Chancengleichheit zu erhöhen und die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Partnerlandes sicherzustellen. Dass alle Maßnahmen im Einklang mit der Kultur des Partnerlandes stehen, ist für die Nachhaltigkeit der Projekte unerlässlich.

Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit bekennt sich zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Dieses wirtschaftspolitische Leitbild basiert auf der gleichzeitigen Förderung von Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die entwicklungspolitischen Instrumente werden flexibel verknüpft, um sowohl Sektorreformen als auch Verbesserungen der Infrastruktur bestmöglich zu unterstützen.

Über die Stärkung einzelner Partnerorganisationen hinaus sollen die bilateralen deutschen Vorhaben die Kooperation und den Aufbau von Netzwerken im Land und in der Region fördern. Die Bevölkerung – insbesondere auch Frauen – wird einbezogen, um für eine breite Unterstützung und Nachhaltigkeit der Reformen zu sorgen.





Wasser

Herausforderungen

Die Region Nahost / Nordafrika ist die wasserärmste Region der Welt. Bereits heute werden die Wasserressourcen in fast allen Ländern übernutzt. Ländliche Armut und Gesundheitsprobleme stehen in direkter Beziehung zu quantitativen und qualitativen Wasserengpässen. Sowohl innerstaatliche als auch zwischenstaatliche Konflikte um Wasser bedrohen die Stabilität der Partnerländer. Angesichts der klimatischen Bedingungen ist die Nahrungsmittelproduktion fast ausschließlich mit Bewässerung möglich. Dies führt zu schweren ökologischen Problemen (Wassermangel, Bodendegradation). Gleichzeitig wird sich die große wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Landwirtschaft für Einkommen und Beschäftigung der ländlichen Bevölkerung mittelfristig nicht verringern. Ein effizienterer Einsatz der Wasserressourcen bei steigender Produktivität ist wesentlich, um langfristig die Trinkwasserversorgung für alle Bürger sicherzustellen.

beim Aufbau von Informationssystemen ist Deutschland ein kompetenter Partner.

Verbesserung der Landnutzungsplanung: Um die Wasserqualität zu erhalten, stärkt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Wasserschutz schon in der Landnutzungsplanung. Dabei werden Wasserschutzzonen ausgewiesen und Grundwasser gefährdende Aktivitäten (zum Beispiel durch Industrieanlagen) reglementiert. Gefördert wird dabei die ressortübergreifende Zusammenarbeit der zuständigen Behörden. Darüber hinaus werden die Partnerregierungen dabei unterstützt, Land-

und Wassernutzungsrechte zu klären und diese auch durchzusetzen.

Schutz von Wasserressourcen: Gesetzliche Regelungen und deren Umsetzung in den ausführenden Behörden werden mit deutscher Unterstützung auf den Schutz der Wasserressourcen ausgerichtet. Werden Gewässer oder Grundwasserleiter durch unsachgemäße Abfallentsorgung gefährdet, leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch hier einen Beitrag. Zum Schutz der Wasserressourcen gehören auch Maßnahmen der Bewusstseinsbildung bei Nutzern und in der Verwaltung.



Projektbeispiel Jemen: Unterstützung des Wasserressourcen- Managements

Herausforderung: Angesichts der rapide wachsenden Bevölkerung vergrößert sich das Missverhältnis zwischen verfügbaren Wasserressourcen und Verbrauch im Jemen zunehmend. Akute Folgen des Wassermangels (unter anderem unzureichende Hygiene) und Konflikte um den Zugang zu Wasser bergen das Potential einer ernsthaften Bedrohung für die sozio-ökonomische Stabilität des Landes und die nationale Sicherheit.

Ziel: Nachhaltige, umweltgerechte und effiziente Nutzung der Wasserressourcen.

Strategie: Als Partner in einer Gebergemeinschaft mit der Weltbank, Großbritannien und den Niederlanden unterstützt Deutschland die jemenitische Regierung bei der Ausrichtung ihrer nationalen Wasserstrategien auf die Erfordernisse der sich vergrößernden Wasserknappheit im Land. Die Beratungsfelder umfassen die Aktualisierung des nationalen Wasserwirtschaftsplans sowie der Einzelpläne – unter anderem der Nationale Bewässerungsplan – ebenso wie die Qualifizierung von Fachkräften in Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollbehörden.

Den Zugang zu städtischer Wasser- und Sanitärversorgung erweitern

Angesichts wachsender Städte und zunehmender Verstädterung in den Partnerländern setzt sich Deutschland dafür ein, dass alle Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung haben. Ziel des deutschen Engagements ist es, die Versorgung der städtischen Bevölkerung qualitativ und – sofern Wasserressourcen verfügbar sind – quantitativ zu verbessern. Dabei sind die Nachhaltigkeit und die Sozialverträglichkeit der Ver- und Entsorgungssysteme von entscheidender Bedeutung. Folgende Maßnahmenbereiche liegen im Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit:

Steigerung der Servicequalität der Betreiberunternehmen: Der deutsche Beitrag arbeitet mit den Betreiberunternehmen an der Verbesserung des Services und an der Sicherung einer dauerhaften, qualitativ hochwertigen Versorgung bei solider Finanzlage. Dabei werden unter anderem die Tarifgestaltung und der Gebühreneinzug verbessert. Diese Maßnahmen werden durch Reformen von Regulierungen auf nationaler Ebene begleitet und sind in der Regel Teil von umfassenden Dezentralisierungsprozessen im Wassersektor.

Aufbau und Modernisierung angepasster Sanitärsysteme: Deutschland setzt auf die Verbreitung angepasster Systeme zur Abwassersammlung, -reinigung und -wiederverwendung. Diese Anlagen sollen nicht nur dem Schutz der Wasserressourcen dienen, sondern auch dazu beitragen, die Wasserqualität des Mittelmeeres zu verbessern. Die technische Ausgestaltung richtet sich dabei nach den örtlichen Anforderungen und Voraussetzungen und kann von großen Kläranlagen mit Schwemmkanalisation bis zu dezentralen Lösungen reichen. In besonders wasserarmen Gebieten können beispielsweise auch Trockentoiletten ein wichtiger Bestandteil angepasster Sanitärsysteme sein.

Erweiterung von Versorgungsnetzen: Die Netzerweiterungen können sinnvoll sein, wenn die Anschlussraten noch niedrig sind (wie im Jemen und Mauretanien) oder Großstädte stark wachsen. Der deutsche Beitrag unterstützt solche Erweiterungen vor allem durch Investitionen, sofern sie die Verfügbarkeit von Wasserressourcen berücksichtigen.



Energie

Herausforderungen

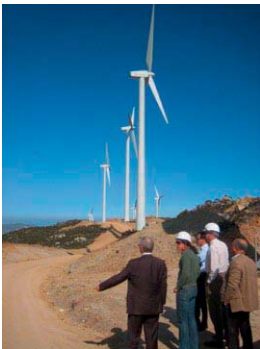
Fossile Energieträger sind für einige Länder der Region immer noch die Haupteinkaufsquelle. Allerdings stehen knapper werdende fossile Ressourcen einem zunehmenden Energiebedarf gegenüber. Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum führen in den nächsten Jahrzehnten zu einem fünffach erhöhten Energiebedarf. Energieknappheit wird so für viele Länder zu einem der wichtigsten Engpässe für wirtschaftliche Entwicklung.

Regenerative Energieträger leisten in der Region bislang nur einen kleinen Beitrag zur Primärenergieversorgung (je nach Land bis zu 13 Prozent) und substituieren somit kaum fossile Energieträger. Voraussetzung zur erhöhten Nutzung regenerativer Energiequellen ist, dass die Kosten hierfür deutlich sinken. Gleichzeitig müssen Anstrengungen unternommen werden, den Anstieg des Primärenergiebedarfs entgegen dem derzeitigen Trend zu reduzieren und Energieeffizienzmaßnahmen stärker als bisher als Teil einer nachhaltigen Energiepolitik zu berücksichtigen.

Die Markteinführung nachhaltiger Energietechnologien fördern

Der deutsche Beitrag fördert die Energiesicherheit in den MENA-Partnerländern, indem das Angebot an regenerativer Energie erhöht und Exportpotenziale insbesondere nach Europa entwickelt werden. Darüber hinaus soll der Klimaschutz durch einen höheren Anteil regenerativer Energie am Energiemix gefördert und Energie als Wirtschaftsbranche mit einer wachsenden Zahl an Arbeitsplätzen in den Partnerländern entwickelt werden.

Förderung der Rahmenbedingungen für nachhaltige Energie-Technologien: Ein Markt zugunsten nachhaltiger Technologien kann sich nur entwickeln, wenn entsprechende gesetzliche Grundlagen existieren und diese durch unabhängige Regulierungsinstanzen implementiert werden. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, wie der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen und Importzöllen und die Bereitstellung von Finanzierungen und innovativen Finanzierungsinstrumenten. Der deutsche Beitrag soll die Partner unterstützen, Rahmenbedingungen für die Verbreitung nachhaltiger Energietechnologien zu verbessern und Investitionen in diesem Bereich fördern.



Projektbeispiel Marokko:

Öko-Strom vom Windpark Essaouira

Herausforderung: Marokko verfügt nur über geringe eigene Energievorkommen, die bei weitem nicht ausreichen, um den schnell wachsenden Bedarf des Landes zu decken. Große Potenziale bestehen jedoch für die Nutzung von Wind- und Solarenergie. Die Atlantik-Küste Marokkos ist dank der Passatwinde einer der besten Windstandorte weltweit. Beide Energieformen, insbesondere aber die Windenergie, werden vom Office National de l'Electricité (ONE), das für die marokkanische Stromerzeugung zuständig ist, zunehmend im Investitionsprogramm berücksichtigt. Bis zum Jahr 2010 soll der Anteil der Windkraft an der installierten Gesamt-Kraftwerksleistung bei vier Prozent liegen

Ziel: Nachhaltige und umweltschonende Verbesserung der Energieversorgungssicherheit

Strategie: Mit dem Vorhaben „Windpark Essaouira“ nimmt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Förderung regenerativer Energien eine wichtige Rolle ein. Der Standort liegt rund 15 Kilometer südlich von Essaouira und hat eine installierte Leistung von 60 Megawatt (MW). Jährlich werden mindestens 200.000 Megawattstunden (MWh) elektrische Energie – das ist der durchschnittliche Jahresverbrauch von 200.000 Einwohnern – ohne Umweltbelastung erzeugt und in das nationale Verbundnetz eingespeist.

Durch das starke Bevölkerungswachstum und damit das große Arbeitskräfteangebot muss sich die Wirtschaftsentwicklung beschäftigungswirksam gestalten. Hinzu kommt, dass rückläufige Öleinnahmen in einigen MENA-Ländern den Druck zur Diversifizierung der Wirtschaft erhöhen. Daher birgt eine ordnungspolitische Neuausrichtung der nationalen Wirtschaften auf sozial abgefederte und marktorientierte Volkswirtschaften große Potenziale, den Lebensstandard der Menschen in der Region nachhaltig zu steigern.

Wie Deutschland unterstützt

Die Handlungsfelder der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, die Partnerländer auf ihrem Weg zu marktwirtschaftlich organisierten, sozial ausgewogenen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaften zu unterstützen.

Dabei nutzen die deutschen Partner die positiven Erfahrungen mit den Bausteinen des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, die sich an den Leitlinien der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft¹ orientieren. Diese sind ausgerichtet auf einen hohen Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität, ein angemessenes Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Verteilungsgerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

Als erfolgreiche Ansätze auf diesem Weg haben sich solche mit einer Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie mit der Einbeziehung aller Gesellschaftsgruppen erwiesen.

Die Wirtschaft modernisieren

Deutschland berät die Regierungen der Partnerländer beim Übergang zu marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnungen, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Systeme anpassungsfähiger zu ge-

stalten. Dies umfasst folgende Maßnahmenbereiche:

Wirtschaftspolitische Reformberatung: Die deutsche Beratung unterstützt bei der Neudefinition der staatlichen Rolle in der Gestaltung des marktwirtschaftlichen Rahmens. Außerdem hilft sie, ordnungspolitische Regelwerke und politische Leitlinien für die wirtschaftlichen Reformbereiche zu entwickeln und zu implementieren. Das umfasst sowohl die Einführung marktwirtschaftlicher Politikfelder als auch die Herbeiführung von Politikkohärenz und die Gestaltung des wirtschaftlichen Reformprozesses insgesamt. Hierzu zählen beispielsweise Wettbewerbspolitik, Unternehmenspolitik, Verteilungs- und Sozialpolitik, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Zoll- und Steuersysteme, Finanzsystementwicklung und Handelspolitik. Die deutschen Leistungen schließen technisch-fachliche Beratung in relevanten Politikfeldern und Organisationsentwicklung für effizientere Strukturen und Prozesse ein.

Entwicklung und Implementierung von Wirtschaftsförderstrategien: Die Wirtschaftsförderung umfasst staatliche Maßnahmen zur Unterstützung von Branchen und zur Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele. Wichtige Bereiche der Wirtschaftsförderung sind Regionalförderung, Gründungs- und Mittelstandsförderung, Strukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung und Umweltpolitik.

In Anpassung an die Herausforderungen aus dem globalen Strukturwandel, der Öffnung der Märkte, der Beschäftigungsproblematik und der Ressourcenverknappung unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik die Partnerregierungen dabei, Wirtschaftsförderstrategien und -programme zu gestalten und umzusetzen. Die Förderleistungen dienen den politischen Trägern zum Beispiel bei Einstieg und Umsetzung markt- und nachfrageorientierter Innovations- und Technologiepolitik und -förderung, bei der Entwicklung nationaler und regionaler Strategien zum Aufbau beschäftigungs-

¹ siehe BMZ Konzepte 157 „Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik“

intensiver und wettbewerbsfähiger Branchen und bei der Bereitstellung von Finanzierungsmechanismen für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (unter anderem Mikrofinanzierung, Umweltschutzfinanzierung).

Die Leistung der Privatwirtschaft steigern

Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit trägt dazu bei, einen wettbewerbsfähigen Privatsektor zu entwickeln, damit dieser seine Rolle als Beschäftigungs- und Wachstumsmotor der Wirtschaft erfüllen kann. Maßnahmen in diesem Handlungsfeld sollen das Geschäfts- und Investitionsklima eines Landes und dessen Regionen verbessern und die Produktivität, Investitionen und Exporte steigern. Damit wird eine bessere Integration in den Weltmarkt und darüber hinaus Beschäftigungswachstum angestrebt. In folgenden Maßnahmenbereichen unterstützt Deutschland seine Partner in der MENA-Region:

Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Die Regierungen der Kooperationsländer werden dabei beraten, die maßgeblichen Handlungsfelder zu identifizieren, die zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas für KMU beitragen können und daraus eine kohärente Mittelstandspolitik zu formulieren. Ziel ist es, die Funktionsweise der nationalen Märkte durch den Abbau von regulativen und administrativen Hemmnissen zu verbessern und allgemeingültige Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Damit sollen die Formalisierung von informellen Unternehmen erleichtert, Zugang zu Finanzdienstleistungen gesichert und Anreize für private Investitionen und Geschäftstätigkeit gesetzt werden. Zur wirtschaftspolitischen Beratung zählt auch, den Dialog zwischen Privatwirtschaft und Staat zu fördern.

Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft: Der Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau und der Stärkung nationaler Innovationssysteme. Das geschieht durch die Formulierung von nationalen Innovationspolitiken und Förderstrategien und durch die Konzeption und Umsetzung von markt- und nachfrageorientierten Förderprogrammen. Aber Unternehmen benötigen auch marktnahe Beratungsinstitutionen, daher werden mit deutscher Unterstützung staatliche Forschungseinrichtungen zu Dienstleistern in Forschung und Entwicklung (F&E) entwickelt und Beratungsagenturen im Bereich der Innovation gefördert. Diese Instrumente sollen zur Modernisierung der Wirtschaft, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, beitragen.

Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU): In Abhängigkeit von der jeweils vorhandenen Struktur des Finanzsektors werden existierende Finanzinstitutionen gestärkt, neue Institutionen aufgebaut (Greenfielding) oder Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) als neue Zielgruppen für den Bankensektor erschlossen (Downscaling).

Zusätzlich zu der Förderung von KKMU-Krediten sollen die Entwicklung und Verbreitung von Sparprodukten, Instrumenten der Risikoabsicherung, Rücküberweisungen, Mikroversicherungen sowie von islamischen Finanzprodukten unterstützt werden. Auch die ländliche Finanzierung, Umweltfinanzierung, Wohnraumfinanzierung und die Finanzierung kommunaler Infrastruktur sollen gefördert werden.

Um die Mikrofinanzinstitutionen zu stärken, werden der Aufbau und die Förderung von Kreditauskunfteien, Sektorverbänden, Trainings- und Beratungseinrichtungen unterstützt.

Beschäftigung fördern

Deutschland leistet einen Beitrag, die Anforderungen von Arbeitgebern an die (berufliche) Qualifizierung und das Arbeitskräfteangebot abzustimmen. Dadurch werden einerseits Unternehmen mit bedarfsgerecht qualifizierten Fachkräften versorgt, andererseits erhöhen Arbeitskräfte ihre Chancen, Beschäftigung zu finden. Der Status von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist dabei besonders im Blickfeld deutscher Förderung. Insgesamt umfasst der deutsche Beitrag folgende Maßnahmenbereiche:

Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Strategien und Instrumente: Dies enthält die Schaffung von kohärenten Rahmenbedingungen in den Politikbereichen, die gemeinsam zur Förderung von Beschäftigung beitragen. Dabei fördert die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit eine sektorübergreifende Aushandlung und Abstimmung. Verhandlungspartner für den Staat sind Vertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft; besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung der Position von Frauen.



Projektbeispiel Syrien: Beratung auf dem Weg in die Marktwirtschaft

Herausforderung: Die syrische Wirtschaft ist bis heute durch planwirtschaftliches Denken und Handeln geprägt. Viele Bereiche der Staatsindustrie sind veraltet und international nicht wettbewerbsfähig; insgesamt ist die Wirtschaft wenig diversifiziert. Zugleich schwinden die Erdölreserven, die die Haupteinnahmequelle des Staates darstellen. Eine besondere Herausforderung ist das starke Bevölkerungswachstum, das immer mehr arbeitssuchende junge Menschen auf den Arbeitsmarkt drängt.

Ziel: Die syrische Regierung plant eine Liberalisierung der Wirtschaft, um das Land zu modernisieren

und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei leistet Deutschland Unterstützung.

Strategie: Zur Unterstützung der syrischen Wirtschaftsreform berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die staatliche Planungskommission, das Ministerium für Arbeit und Soziales sowie das Ministerium für Wirtschaft und Handel. Die Einrichtung eines Wirtschaftsforschungsinstituts soll die staatlichen Institutionen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben fördern. Durch die Qualifizierung von Führungskräften wird das Maßnahmenpaket abgerundet.



Bildung

Herausforderungen

Im Bereich der Bildungsreformen und Bildungszusammenarbeit müssen sich die Geberländer und Partner der MENA-Region in den kommenden Jahren einer besonderen Ausgangslage stellen: Bei hohem Bevölkerungswachstum befindet sich die Jugendarbeitslosigkeit weltweit auf dem höchsten Niveau. Mit durchschnittlich 30 Prozent ist die Analphabetenquote noch immer hoch. Zudem ist der Anteil von Mädchen und Frauen bei der Grundbildung, vor allem aber bei der weiterführenden Bildung, gering.

Der Umbau in leistungsfähige marktorientierte Volkswirtschaften erfordert den Aufbau von wirtschaftlichen Leistungspotenzialen, zu denen neben Unternehmertum, Kapital und Technologie vor allem qualifizierte Fachkräfte in allen relevanten Bereichen der Wirtschaft gehören.

